

INTEGRATIONS RAT

Auszug
aus der Niederschrift
der Sitzung vom 24.06.2020

Zu Punkt 5.1
(öffentlich)

10+1 Bäume für die Opfer rassistischen Terrors

Beratungsgrundlage:

Drucksache: 11178/2014-2020

Frau Adilovic und Herr Burnicki begründen den Antrag wie folgt:
Gegen die Gefahr des rechten Terrors, dessen Akteure immer skrupelloser agieren, sollte deutlich Position bezogen werden. Es sei dringend an der Zeit, den aktuellen Entwicklungen entgegenzutreten und ein Zeichen gegen Rassismus zu setzen.

Sie führen aus:

Seit dem Mord am Kasseler Regierungspräsidenten Lübcke und dem antisemitisch motivierten Terroranschlag in Halle an der Saale offenbare sich mehr und mehr die Gefahr rassistischer Denkweisen und rechtsextremen Terrors.

Menschenverachtende Hetze verbreite sich via Internet gegen Menschen, die aus islamischen Ländern entstammen oder jüdischen Glaubens sind und gegen Aktivisten/innen, Politiker/innen und Opferanwälte/innen werden Morddrohungen ausgesprochen.

Immer wieder wurden in jüngster Zeit Erinnerungsstätten für die Opfer der Terrorvereinigung Nationalsozialistischer Untergrund (NSU) geschändet bzw. zerstört.

Der Landesintegrationsrat NRW regt mit der Kampagne „10+1 Bäume für die Opfer rassistischen Terrors“ die Integrationsräte in NRW an, in ihren Kommunen an einem geeigneten Ort an die Opfer des Rassismus und Rechtsextremismus zu erinnern.

Dabei sollen in jeder Kommune elf neue Bäume angepflanzt und eine Gedenktafel aufgestellt werden. Zehn Bäume stehen dabei für die zehn Opfer des NSU Enver Şimşek, Abdurrahim Özüdoğru, Süleyman Taşköprü, Habil Kılıç, Mehmet Turgut, Ismail Yaşar, Theodoros Boulgariades, Mehmet Kubaşık, Halit Yozgat, Michèle Kiesewetter und ein Baum für alle weiteren Opfer rassistischer Angriffe. Ziel ist es, mit dem geplanten Erinnerungsort über die Dimension dieser Verbrechen zu informieren.

Der Integrationsrat setzt sich für die Realisierung dieses Projektes in Bielefeld ein. Der elfte Baum soll in Bielefeld dabei für die Opfer des Wehrhahn-Anschlags stehen. Durch die Einrichtung des Gedenkortes für die Opfer des NSU und des Wehrhahn-Anschlags setzt Bielefeld als Ort des vielfältigen und friedlichen Zusammenlebens ein Zeichen gegen Rassismus und Rechtsextremismus.

Vor der Entscheidung sollte die entsprechende Bezirksvertretung miteinbezogen werden. Ebenso sind Patenschaften zur Pflege der Bäume

denkbar, beispielsweise von dort anliegenden Schulen, Kindertagesstätten, Bürgerinitiativen oder Privatpersonen.

Darüber hinaus wird im „Bielefelder Handlungskonzeptes gegen Rassismus und Rechtsextremismus“, das von allen politischen Gremien einstimmig beschlossen wurde, der Ausbau und die Verankerung der Erinnerungskultur für Jugendliche und Erwachsene als wichtige Maßnahme benannt.

Nach einigen Gesprächen mit der Geschäftsstelle/Verwaltung schlagen sie vor, folgende Änderung im Antrag vorzunehmen. Der im Beschlussvorschlag formulierte Satz „Hierfür vorgesehener Standort ist der Park der Menschenrechte“ wird gestrichen.

Ergänzt wird der Beschluss wie folgt:

“Hierzu wird eine kommentierende Gedenktafel aufgestellt“.

Für die Platzierung der Bäume liegt die Priorität weiterhin beim Park der Menschenrechte!

Herr Heimbeck hält eine Erinnerungskultur für einen wichtigen Baustein der Aufklärung.

Herr Weber erinnert daran, dass seinerzeit auf Basis eines Ratsbeschlusses eine Arbeitsgruppe eingerichtet wurde, um die Aktivitäten zur Erinnerungskultur zu entwickeln bzw. zu verankern. Es wäre vor diesem Hintergrund sinnvoll, an diese Aktivitäten anzuknüpfen.

Herr Yildirim bedauert sehr, dass das Verfahren zu den NSU Morden einfach zum „Abschluss“ gebracht wurde. Dieses habe nicht passieren dürfen. Insbesondere die Akten über das Verfahren um die Opfer müssten immer präsent sein.

Herr Yilmazer plädiert dafür, diese Initiativen zu unterstützen. Es habe nicht wenige Opfer gegeben, die in Vergessenheit geraten seien und die NSU-Morde sollten immer im Gedächtnis präsent sein.

Herr **Rasho** begrüßt die Initiative. Es solle an alle Opfer der Gewalt erinnert werden.

Herr Vorsitzender Ölmez dankt allen Beteiligten für die konstruktiven Beiträge und lässt das Gremium über den Antrag abstimmen.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Bielefeld möge beschließen:

Die Verwaltung wird beauftragt zu prüfen, inwieweit das Projekt „10+1 Bäume für die Opfer rassistischen Terrors“ in Bielefeld, noch in diesem Jahr umgesetzt werden kann. Hierzu wird eine kommentierende Gedenktafel aufgestellt.

- einstimmig beschlossen –

170 Kommunales Integrationszentrum, 14.07.2020, 51-6805

An

002.2, Büro des Rates

zur Kenntnis und ggf. weiteren Veranlassung

i. A.

Sağ